Abendausgabe

Nr. 425 ♦ 41. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 213

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Goldpfennig
50 Milliarden

Dienstag
9. September 1924

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9—5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Zurück zur Goldwährung!

Schacht über Anleiheaussichten und Handelsvertragspolitik.

Paris, 9. September. (Eca.) Der Berliner Berichterstatter des „Echo de Paris" hatte eine Unterredung mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, der sich sehr optimistisch gezeigt habe. Er erklärte u. a.: „Die Atmosphäre hat sich unzweifelhaft gebessert. Ich komme soeben aus Rom und Genf zurück, nachdem ich bereits früher in London und Paris Besuche gemacht habe. Ich habe volles Vertrauen auf den Erfolg der 800 Millionen Goldmarkanleihe. Der Mißerfolg dieser Anleihe würde übrigens auch den Mißerfolg der Vereinbarungen von London bezeichnen. Natürlich bedauere ich, daß die französischen Unterhändler in London sich nicht zu einer schnellen Räumung des Ruhrgebietes verstanden haben. Die Anleihe ist garantiert an erster Stelle durch den Besitz Deutschlands."

Dr. Schacht sprach sich dann in Worten höchsten Lobes über die persönlichen Eigenschaften und die wirtschaftspolitische Haltung Owen Youngs aus. Die These Youngs ist ebenso wie die seiner Kollegen immer die gewesen, daß die wirtschaftlichen Gesetze viel wirksamer, also viel wichtiger sind als alle anderen Fragen. Für Deutschland hat Young immer ein Gefühl der Gerechtigkeit gehabt. Der Generalagent der deutschen Zahlungen und der Präsident der Goldnotenbank sind zur Mitarbeit berufen. Ich bin überzeugt, daß unsere Arbeit in befriedigender Weise verlaufen wird.

Dr. Schacht fuhr dann fort: „Ich erinnere Sie daran, daß mein Ziel immer die Rückkehr zur Goldwährung gewesen ist. In einem Exportland, das von dem internationalen Handel abhängt, muß man unbedingt zur Goldwährung zurückkommen. Hierbei erinnere ich an die Diskussion, die auf der Sachverständigenkonferenz über die Konversion der Papiermark in Goldmark stattgefunden hat. Ich habe immer den Standpunkt vertreten, daß es für Deutschland schädlich sei, wenn man ein System der sofortigen Konversion aufstellt, ohne daß die Deutschland benachbarten Länder gleichzeitig zur Goldwährung zurückkehren. Ich dachte dabei in der Hauptsache an Frankreich, England, Belgien und Italien. Ich glaube, daß Frankreich es nicht vermeiden kann, wieder zum Goldfranken zurückzukehren.

Der Berichterstatter fragte alsdann den Reichsbankpräsidenten über seine Ansicht hinsichtlich der Handelsvertragsverhandlungen. — Dr. Schacht antwortete: „Ich habe die Ueberzeugung, daß die Herstellung normaler wirtschaftlicher Beziehungen zwischen den beiden Ländern unbedingt notwendig ist, um ein wirkliches Gefühl des Friedens hervorzurufen. Die Vereinigung des französischen Erzes mit der deutschen Kohle eröffnet wahrhaft verführerische Perspektiven. Deutschland und Frankreich müssen sich unbedingt auf wirtschaftlichem Gebiete verständigen." Der Korrespondent fragte: „Scheint es Ihnen, daß ein deutsch-französischer Handelsvertrag die Interessen Englands berühre." Dr. Schacht antwortete: „Ich behaupte, daß es eine Lösung gibt, die gestattet, den Interessen aller drei Völker Rechnung zu tragen. Ich kann die Auffassung nicht zulassen, nach der England unter einem deutsch-französischen Handelsvertrag zu leiden hätte. Ich leugne es, daß der Nachteil einer dieser Mächte für die anderen Mächte einen Vorteil mit sich brächte. Bei einem Geschäft zwischen mehreren Teilnehmern kann keiner etwas gewinnen, wenn nicht auch die anderen gleichzeitig mit gewinnen. Bei den Verhandlungen hinsichtlich des deutsch-französischen Handelsvertrages ist es notwendig, daß auf beiden Seiten der gute Wille vorhanden ist. Unter diesen Bedingungen erscheint ein günstiges Resultat als nicht zweifelhaft.

Paris, 9. September. (WTB.) Nach einer Meldung des „Petit Journal" aus New York finden zur Vorbereitung der deutschen Anleihe in der Zeit vom 15. bis 20. September in London wichtige Besprechungen statt, an denen vor allem der amerikanische Bankier Morgan, sein Teilhaber Lamont und der Gouverneur der Bank von England, Norman, teilnehmen werden.

600-Jahresfeier der Stadt Sobernheim.

Minister Severing im besetzten Gebiet.

Sobernheim, 9. September. Vorgestern fand die 600jährige Feier der Verleihung der Stadtrechte an die Stadt Sobernheim statt, an der der preußische Minister des Innern Severing teilnahm. An einen historischen Festzug schloß sich der offizielle Festakt in einem vor der Stadt errichteten Festzelte an.

Auf die Begrüßungsansprache des Bürgermeisters erwiderte der Minister im Namen der Staats- und Reichsregierung, indem er zunächst darauf hinwies, daß mit ihm wieder nach längerer Zeit ein preußischer Minister im besetzten Gebiet weile. Diese Tatsache sei ein Zeichen der Entspannung, die jetzt eingetreten sei und hoffentlich anhalten werde. Wir alle hoffen, führte der Minister aus, daß aus den letzten politischen Verhandlungen ein Wendepunkt hervorgehen wird, der Deutschland und ganz Europa Beendigung des Hasses und Versöhnung bringt. Deutschland ist zu dieser Versöhnung bereit. Ein guter Deutscher und ein guter Preuße sein, schließt nicht aus, daß man auch ein guter Weltbürger sein kann. Allerdings müssen unsere westlichen Nachbarn wissen, daß nur ein freies Deutschland ein guter Nachbar eines freien Frankreichs sein kann. Der Minister betonte dann, er sei gern nach Sobernheim gekommen, schon um dadurch im Namen der Staatsregierung zu bekunden, daß nicht nur das Wohl der Großstädte, sondern auch das Gedeihen der kleineren Städte und ländlichen Gemeinden dem Staate in gleicher Weise am Herzen liege. Die Sorgen des Nahe-Bezirkes und seiner weinbautreibenden Bevölkerung seien ihm ganz besonders bekannt.

Häufiger und lebhafter Beifall begleitete die Ausführungen des Ministers. Nach ihm sprachen noch Vertreter des Kreises Kreuznach und der umliegenden Städte sowie der wirtschaftlichen Berufsvertretungen.

Stresemanns Bürgerblockpolitik.

Eine Intrige gegen Marx.

Paris, 9. September. (Eca.) Es wird in den Blättern hervorgehoben, daß die Berliner Regierung in der ganzen Frage der Kriegsschuld vollkommen unter dem Druck der deutschen Rechten handele. Unzweifelhaft könne die Kontroverse über die Frage, wenn sie sich noch längere Zeit hinaus ziehe, nur dazu beitragen, die Atmosphäre erheblich zu verschlechtern, worüber man sich im Meinungsaustausch mit gut informierten Persönlichkeiten in Paris Rechenschaft ablegen könne. Die Auffassung des Berliner Korrespondenten des „Petit Parisien", daß die deutschen Rechtskreise, nachdem nunmehr durch die Londoner Abkommen die Reparationsfrage eine gewisse Lösung gefunden habe, sich bemühen würden, eine Kampagne gegen die territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrages einzuleiten, wird hier an vielen Stellen geteilt. Erwähnenswert ist auch, daß der Berliner Korrespondent des „Petit Parisien" zu der Lage des deutschen Außenministers Stresemann sowie des Reichskanzlers Marx in der Angelegenheit der Kriegsschuldproklamation Stellung nimmt. In einer Verhandlung mit den Reaktionären am 25. und 26. August habe sich Stresemann, der mit einem Fuße in der Volkspartei und mit dem anderen in der Deutschnationalen Partei stehe, formell gegenüber den Deutschnationalen verpflichtet, durch die Regierung eine feierliche Zurückziehung des Eingeständnisses der Schuldfrage im Friedensvertrag veröffentlichen zu lassen. Trotz der von Baron von Maltzahn bezüglich der Opportunität einer solchen Kundgebung erhobenen Vorstellungen habe Stresemann, der immer glaube, daß die Zukunft rechts liege, seinen Plan nicht aufgegeben, **aber er habe es verstanden, die Ausführung und die scheinbare Verantwortung dem Reichskanzler Marx zu überlassen.**

Verschärfung der Lage in China.

Intervention der Mächte in Schanghai.

London, 9. September. Reuter meldet aus Schanghai: Infolge der gefährlichen Lage in Schanghais Nordbezirken sind 1200 britische, amerikanische, japanische und italienische Marinesoldaten gelandet worden. Außerdem sind in Schanghai die Freiwilligen mobilisiert worden.

Nach einer weiteren Reutermeldung aus Schanghai ist nach Mitteilungen von Lunjung Hsiang, dem Militärgouverneur von Tschekiang, die zweite Armee von Tschekiang, die 20 000 Mann umfaßt, am 7. September morgens von Tschanghing, 10 Meilen südlich von Taihume in Richtung Ihing, 30 Meilen nördlich vorgerückt. Gestern vormittag traf die Meldung ein, daß die Tschekiang-Streitkräfte nur 10 Meilen von Ihing entfernt seien, dessen Fall für heute erwartet werde. Als Hauptziel dieser Truppen gilt Tschangtschau, wo sich das Kiangsu-Hauptquartier befindet.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" erfährt, daß zwischen London und Washington ein vorläufiger Meinungsaustausch über die Frage irgend einer gemeinsamen Aktion der Mächte zur Wiederherstellung des Friedens und der Ordnung in China im Gange sei. Die Initiative zu diesem Schritt sei anscheinend von amerikanischer Seite gekommen, da die britische Regierung durch die Genfer Verhandlungen vollkommen mit der europäischen Lage beschäftigt gewesen sei.

New York, 9. September. (TU.) Nach soeben eingetroffenen Nachrichten sind auch große Truppenmengen aus der Mandschurei gegen Peking mobilisiert worden. Die chinesische Front hat bereits jetzt eine Riesenausdehnung. Zwischen Mukden und Peking bilden sich große Heerlager. Nach einer Meldung der „World" aus London erwarten dort die politischen Kreise die Einberufung einer China-Konferenz.

Georgischer Hilferuf.

London, 9. September. (WTB.) Reuter erfährt, daß der Präsident der „nationalen Regierung von Georgien" an Macdonald während seines Aufenthalts in Genf eine Bitte um Intervention zugunsten des Volks von Georgien gegenüber der Moskauer Regierungen gerichtet und ihn ersucht hat, die Moskauer Regierung zu veranlassen, daß sie einer Regelung des Konflikts durch Schiedsspruch zustimme.

In Afghanistan haben zwei blutige Zusammenstöße zwischen Regierungstruppen und Aufständigen im Khost-Gebiet stattgefunden. In dem ersten Gefecht sollen die Aufständigen 800 Tote, im zweiten 500 Tote verloren haben.

Die britische Arbeiterpartei hat die Arbeiterparteien Kanadas und der anderen Dominien zu einer Arbeiterkonferenz im Jahre 1925 eingeladen. Auf dieser Konferenz soll eine Arbeiterpolitik für das britische Reich formuliert werden.

Streu für das Feldlager ...

Rom, Anfang September 1924.

In einer Rede an die Bergleute der Quecksilberwerke von Badia San Salvadore hat Mussolini wieder eine Formel zum sozialen Frieden beigesteuert, wodurch sich die Perlenschnur der „Zurück kehren wir nicht", „Wer die Miliz anrührt, wird Blei ernten", „Wir sind bereit, für den Faschismus zu töten und zu sterben", „Spart das glühende Blei für die Feinde des Faschismus", „Gegen das Regime wird kein Prozeß geführt", „Wir sind längst über den verfaulten Kadaver der Freiheit fortgeschritten" um ein weiteres Wertstück vermehrt. Nach der offiziellen Version der „Stefani" hat Mussolini gesagt: „An dem Tage, an dem die Oppositionen von dem lästigen Gerede zu konkreten Dingen übergehen sollten, werden wir aus ihnen Streu für die Feldlager unserer Schwarzhemden machen".

Wenn die Oppositionen nach diesem „Entgegenkommen" des Diktators sich noch immer nicht zum Nachgeben verstehen, so haben sie wirklich die Folgen sich selbst zuzuschreiben. Man vergegenwärtige sich die Situation. In einer seiner zahllosen Reden hat Mussolini gesagt, die Opposition sei notwendig. Gleichzeitig wird aber die Meinungsäußerung dieser Opposition in jeder Weise, durch unentwegte Beschlagnahmung ihrer Presse, durch Verbot ihrer Versammlungen, durch Bedrohung ihrer Führer unmöglich gemacht, während der „geistige Führer des Faschismus", Farinacci, von Zeit zu Zeit mit eleganter Apachengeste der Opposition ein „Vorwärts zum Bürgerkrieg, wenn ihr Courage habt" zuruft. Jetzt kommt nun die Verheißung, als Streu verwertet zu werden. Allein der Ton, in dem sich diese „Polemik" abspielt, beweist aller Welt, daß in Italien wirklich die „Edelsten und Besten" am Ruder sind.

Um ernst zu reden: aus diesem beständigen Verhetzen und Beschimpfen eines ohnehin gequälten und im Auslande lächerlich gemachten Landes geht deutlich hervor, daß ein Regierungsoberhaupt gewissen elementaren Requisiten an Selbstzucht, Selbstbeherrschung und Selbstkritik genügen muß, wenn es nicht zu einem schweren Schaden für sein Land werden soll. Man halte sich die tiefe Zerklüftung im öffentlichen Leben Italiens vor Augen, wo heute ein Teil der Bevölkerung dem andern derartig fremd geworden ist, daß der Meisterredner der herrschenden Partei, ohne in den eigenen Reihen auf Widerspruch zu stoßen, als Feldruf des Faschismus die Verherrlichung der Mörder Matteottis wählen konnte. Wieviel Erbitterung, wieviel gegenseitige Verachtung, welch gewaltiger Unterschied der sittlichen Werte muß zwischen Hüben und Drüben bestehen, damit sich die Einen dessen rühmen können, das für die Anderen den Inbegriff des Verabscheuenswerten darstellt? Glaubt Mussolini wirklich, diese Kluft zu schließen, indem er den Seinen in Aussicht stellt, die Gegner als Streu ihres Feldlagers zu benutzen?

Man kann doch nicht gut annehmen, daß Mussolini beim Durchdenken einer zu haltenden Rede sich selbst sagt, „es kommt ja nicht darauf an, ernst nimmt mich ja doch niemand"; man muß vielmehr voraussetzen, daß Mussolini damit rechnet, ernst, blutig ernst genommen zu werden, wenigstens von den Seinen, deren kritische Fähigkeiten er keine Ursache hat, hoch einzuschätzen. Nun bringe man die Worte von der „Lagerstreu" in Zusammenhang z. B. mit denen vom Staate: „Der faschistische Staat unterscheidet sich vom liberalen dadurch, daß er sich nicht nur verteidigt, sondern angreift"; man füge anderen Widersinn aus anderen Reden hinzu, so die Worte, daß alle bewaffnete Macht des Staates vom Regierungsoberhaupt abhängt, und man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, entweder Irrereden vor sich zu haben oder eine systematische Hetze zum Bürgerkriege.

Keine Partei der Opposition verfügt über 300 000 Bewaffnete, für die das Land bezahlt. Um den liberalen Staat zu überwinden, hat der Faschismus von Anfang an darauf abgezielt, die Trennung der Staatsgewalt in gesetzgeberische, richterliche und ausführende aufzuheben. In der Tat ist heute in Italien das Parlament nur noch ein Anhängsel der Exekutivgewalt; eine Zeit lang schien es, als ob auch die richterliche Gewalt in denselben Zustand der Untertänigkeit verfallen würde. Heute nicht mehr. Mussolini wird sagen: was liegt mir daran, für jeden Richter habe ich so und soviel Schwarzhemden, so und soviel Maschinengewehre, Revolver und Knüppel. Er wird vielleicht auch in der nächsten Rede sagen, daß die richterliche Gewalt vom Ministerpräsidenten abhängt. Aber trotzdem erweist sich heute diese richterliche Gewalt als eine Schutzwehr der Demokratie, sie hält tatsächlich der Regierung gegenüber die Forderung des gleichen Rechtes für alle aufrecht. Und diese Forderung ist unvereinbar mit der faschistischen Theorie und der faschistischen Praxis.

Fast alle Gerichte sprechen systematisch die Presseverbrecher frei; soweit es sich um Vergehen handelt, die das Strafgesetzbuch den Assisen überweist, während das neue Julidekret die Landgerichte zuständig macht, treten alle Landgerichte die Akten an das Geschworenengericht ab, wodurch sie praktisch die Julidekrete als null und nichtig behandeln. Der Marineingenieur Rossetti, der die österreichische „Viribus Unitis" in die Luft gesprengt hat und dadurch eine nationale Berühmtheit wurde, verweigerte im vorigen Jahre, sein Billett von einem Angehörigen der faschistischen Miliz kontrollieren zu lassen, wofür ihn der Stadtrichter von Genua zu einer Geldstrafe verurteilte. Rossetti appellierte an den Obersten Gerichtshof, der das Urteil ohne Zurückweisung an eine andere Instanz kassierte,

mit der Begründung, daß der faschistischen Miliz keinerlei Amtshandlungen im Eisenbahndienst zustehen. Ein gleiches Urteil wurde in erster Instanz von einem Turiner Gericht in einem Prozeß wegen Beamtenbeleidigung gefällt. Interessant ist auch eine Entscheidung des Zivilgerichts von Alessandria, wo die Verwaltung des Volkstheaters die Versicherungsgesellschaft zur Auszahlung der Versicherungsprämie wegen des Niederbrennens durch Faschisten gerichtlich aufgefordert hatte. Die Versicherungsgesellschaft machte geltend, daß der Vertrag den „durch revolutionäre und Volksbewegungen" veranlaßten Schaden nicht einbegriffe. Das Gericht verurteilte dagegen die Gesellschaft zur Auszahlung der Versicherungsprämie in der Höhe von 110 000 Lire und zur Tragung der Kosten, mit der Begründung, daß den faschistischen Bewegungen die Merkmale einer revolutionären und Volksbewegung nicht zukommen. Und zwar, „weil an ihnen das Volk nicht beteiligt war; weil sie langer Hand vorbereitet waren, nicht plötzlich hereinbrachen, sondern mit methodischer, fast strategischer Ausführung erfolgten, nach ausdrücklicher und öffentlicher Androhung; weil sie als unmittelbares Ziel die politische Rache, die Repressalien einer Fraktion gegen die andere hatten und als mittelbares (wenigstens der Absicht nach) nicht den Umsturz, sondern die Wiederherstellung der Ordnung, nicht die Abschaffung der Staatsgewalt, sondern ihre Besitzergreifung durch andere". An der gerichtlichen Begründung ist mancherlei auszusetzen; immerhin zeigt sie aber, daß Mussolini mit seinen „Rechten der faschistischen Revolution" bei den Richtern keine Gegenliebe findet. Ein ähnliches Urteil ist auch in Turin gefällt und vom Appellationsgericht bestätigt worden.

Während sich so die Gerichte dem Einfluß des Knüppels, dem sie zweifellos eine Zeitlang unterlagen, entziehen, geht es auch bei den Gemeindewahlen den Faschisten nicht mehr nach Wunsch. Bekanntlich waren, als der Faschismus über Italien hereinbrach, über 2000 der 8000 Gemeinden Italiens in Händen sozialistischer Verwaltungen. Diese, wie die klerikalen Verwaltungen, wurden gewaltsam zum Rücktritt gezwungen; mancher Bürgermeister und Stadtrat hat die Weigerung des Rücktritts mit dem Leben bezahlt. Dann wurden überall faschistische Kommissäre ernannt, was bei den Parlamentswahlen sehr bequem war; die neuen Gemeindewahlen, nach faschistischem System, brachten natürlich Faschisten ans Ruder. In den Orten, die ihr Schicksal erst spät ereilte, finden nun jetzt allsonntäglich Neuwahlen statt, und diese ergeben seit der Ermordung Matteottis fast überall faschistische Niederlagen. In Ormea errang am 31. August die antifaschistische Liste auch die der Minderheit reservierten Sitze. Auch hier verliert der Knüppel seine Allmacht.

In Faschistenkreisen glaubt man, daß es genügen würde, wieder mit Revolver, Knüppel und Rizinusöl zu werben, um so stark zu sein wie früher. In Wirklichkeit ist aber die Macht der faschistischen Einschüchterung gebrochen.

Die verlorene Marneschlacht.

Deutschnationale Geständnisse zum 9. September.

In der mehrtägigen Marneschlacht von 1914 brachte der 9. September die Entscheidung. Die Rechtspresse veröffentlicht aus diesem Anlaß kriegswissenschaftliche Betrachtungen, in denen sie ausnahmsweise einmal die Wahrheit sagt.

In der „Kreuzzeitung" schildert der Major a. D. Wilhelm Magnus v. Eberhardt die bedrängte Lage Deutschlands zu Beginn des Krieges. „Siegen mußten wir — sonst kam der Untergang." Dann fährt er fort:

Der 9. September 1914 brachte den Umschwung, von dem sich das deutsche Heer — trotz großer örtlicher Siege und Erfolge — nicht wieder erholen sollte. Er brachte, wie Oberstleutnant Müller-Loebnitz seine treffliche Einzelschrift über die Marneschlacht nennt, den Wendepunkt des Weltkrieges. —

Am 9. September 1914 kamen die gefürchteten deutschen Armeen zum erstenmal zum Stehen und wichen vor den französisch-englischen Truppen zurück. **Den Deutschen war der Nimbus genommen.** Der Franzose erhielt zu seiner patriotischen Begeisterung das, was ihm noch gefehlt hatte, — das Selbstvertrauen.

Auch von Montmort—Mareuil geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger" gibt aus der Schrift von Müller-Loebnitz ein Kapitel wieder, in dem dargelegt wird, daß die Deutschen nicht mit einheitlicher Leitung in die Marneschlacht gingen und daß im Zimmer des Generals v. Moltke dieser Schlacht zuungunsten der deutschen Waffen entschieden wurde. Er schließt:

Das war unser Schicksal! Was danach kam, die heldenhaften Anstrengungen des deutschen Volkes, das gewaltige Ringen Hindenburgs und Ludendorffs, der ganze vierjährige Titanenkampf, es waren alles Versuche, das Marneschicksal nachträglich zu wenden, die ursprüngliche Schlieffen-Idee wieder aufzunehmen. Auch diese Versuche sind an der Marne gescheitert, als im Juli 1918 nach dem heldenmütigen Uebergang bei Dormans die 7. Armee vor der feindlichen Uebermacht den Rückzug antreten mußte. Auch für die Marne gilt das inhaltsschwere Wort des Dichters: Was du von der Minute ausgeschlagen, bringt keine Ewigkeit zurück!

Die Redaktion des „Lokal-Anzeiger" selbst erklärt in einer einleitenden Bemerkung, daß der unglückliche Ausgang dieser Schlacht, der für den ganzen Fortgang des Krieges eine so verhängnisvolle Bedeutung hatte, auf Fehler der Gesamtleitung zurückzuführen sei.

So also lagen die Dinge in Wirklichkeit. Im August war das kaiserliche Deutschland durch Fehler der diplomatischen Führung in den größten aller Kriege — nach Tirpitz — „hineingeschlittert" und im September hatte es durch Fehler der militärischen Führung die Entscheidungsschlacht dieses Krieges verloren.

Das Volk aber, dessen „heldenmütige Anstrengungen" auch der Oberstleutnant Müller-Loebnitz anerkennt, wurde belogen und betrogen, das Bestreben der Sozialdemokraten, den verlorenen Krieg durch einen erträglichen Frieden bald zum Abschluß zu bringen, wurde mit einer wütenden annexionistischen Hetze beantwortet, die Reaktionspolitik im Innern wurde fortgesetzt. Und als schließlich der unvermeidliche Zusammenbruch kam, versuchte man durch die Erfindung der vergiftenden Dolchstoßlüge die Schuld an allem dem Volk selbst aufzuladen.

Ob die deutschnationale Presse nach ihren heutigen Geständnissen noch wagen wird, die Dolchstoßlüge aufrechtzuerhalten? Sie wird es, sie spekuliert auf das kurze Gedächtnis ihrer Leser. Darum ist es notwendig, daß diese Geständnisse von der republikanischen Presse festgehalten werden.

Tirpitz Nummer zwei.

Aktenpublikation aus Tirpitzschen Archiven.

Wie der Verlag Cotta mitteilt, der das Erinnerungsbuch von Tirpitz herausgebracht hat, wird Tirpitz diesem Buch eine Publikation von Dokumenten aus seinem Privatarchiv nachfolgen lassen. In der Ankündigung darüber heißt es:

„Aus Rücksichten verschiedener Art hat Großadmiral von Tirpitz die meisten der in seinem Besitz befindlichen Dokumente der Oeffentlichkeit bisher nicht zugänglich machen können und auch in seiner ersten Publikation sich über wesentliche Vorgänge Schweigen auferlegt. Nunmehr ist aber die Zeit gekommen, in der das deutsche Volk ein Recht darauf hat, die Geheimakten rückhaltlos zu kennen, aus denen sich das deutsche Schicksal der letzten zwanzig Jahre größtenteils erklärt. Großadmiral von Tirpitz hat sich deshalb zur Veröffentlichung seines Archivs ohne Einschränkung entschlossen."

Auf den Inhalt dieser Dokumentensammlung darf man einigermaßen gespannt sein. Die Frage ist, welchen politischen Zweck Herr von Tirpitz mit dieser Veröffentlichung bezweckt. Will er durch die Belastung anderer Männer des alten Regimes sich selbst weißwaschen, will er sich damit als großer Staatsmann für die Kanzlerschaft der Republik in Empfehlung bringen?

Die innere Erfüllungspolitik.

Die Deutschnationalen bestehen auf ihrem Schein.

Die Erfüllungspolitik hat die Deutschnationalen in ihren Bann gezogen. Sie sind ihr verfallen, trotz aller Gegenwehr. Zwar faßte der deutschnationale Landesverband Braunschweig eine Resolution gegen die deutschnationale Reichstagsfraktion, in der es heißt:

„Wir erwarten, daß für die Zukunft die Parteileitung unbedingt die Einheitlichkeit in der politischen Führung mit starker Hand erhält, damit insbesondere eine Fortsetzung der Erfüllungspolitik unmöglich wird."

Das und vieles andere sieht nun zwar nicht so aus, als ob die Deutschnationalen in der Regierung die Linie der Politik der republikanischen Regierungen fortsetzen würden! Und doch fordern sie Erfüllungspolitik — aber nicht äußere Erfüllungspolitik, sondern innere Erfüllungspolitik.

Sie fordern die Erfüllung des Paktes von Berlin, der zwischen ihnen und der Parteileitung der Deutschen Volkspartei abgeschlossen worden. Sie wollen ihn erfüllt sehen: Punkt für Punkt, Wort für Wort. Dieser Schein ist ihre Rettung und ihre Zukunft, ohne die Erfüllung dieses Scheines sind sie verloren, der wilden Wut der unentwegten nationalistischen Opposition preisgegeben. Sie laufen hinter der Regierung her und schreien: unseren Schein, unseren Schein! Sie möchten eine Gewaltsitzung, in der ein weiser, höchst weiser Richter die Erfüllung ihres Scheines Punkt für Punkt zugestehen soll, und sie, die Antidemokraten, wollen den Reichstag zum Richter. Unserer Forderung der Reichstagsauflösung setzen sie die Forderung der Einberufung des Reichstags entgegen. Die „Kreuzzeitung" schreibt:

„Nein, nicht Reichstagsauflösung, sondern sofortige Einberufung des Reichstages ist das Gebot der Stunde, damit die Vertretung des Volkes erfahre, was für eine Politik die Reichsregierung in der Kriegsschuldfrage betreibt, warum sie ihren Verpflichtungen zur sofortigen Notifizierung nicht nachgekommen ist, ob sie die Konsequenzen aus ihrer Handlungsweise ziehen will, die eine weitere Verminderung des Vertrauens im Lande und einen neuen deutschen Prestigeverlust im Auslande zur Folge hat."

Die Deutschnationalen möchten vor dem Forum des Reichstages die Regierung zur Verantwortung ziehen für die Nichterfüllung des Paktes von Berlin. Aber sie wenden sich damit in doppelter Hinsicht an die falsche Adresse. Zunächst ist die Parteileitung der Deutschen Volkspartei, die den Pakt mit ihnen geschlossen hat, nicht die Regierung, und selbst wenn sie mit Herrn Stresemann einen Pakt geschlossen haben, so haben sie deshalb noch lange nicht einen Schein, der die Regierung verpflichtet. Zweitens: was geht dieser Pakt den Reichstag an? Mögen sie immerhin klageführend vor das Plenum des Reichstages treten! Es wird sich herausstellen, daß die große Mehrheit die Beschäftigung mit diesem Pakt, mit dem schmählichen parteipolitischen Handel, den die Deutschnationalen mit den nationalen Interessen getrieben haben, ablehnen wird. Für die innere Erfüllungspolitik wird sich schwerlich Gegenliebe bei einer Mehrheit finden.

Es wird sich aber auch herausstellen, daß mit diesem Reichstag eine klare und ehrliche Politik nicht zu führen ist. Einberufung des Reichstages: das kann nur die kurze Ouvertüre zu seiner Auflösung sein.

Die Abschlußkontrolle.

Reibungsloser Verlauf der Revisionen.

Die Interalliierte Kontrollkommission hat am Montag mit der angekündigten Abschlußkontrolle in den verschiedensten Teilen des Reiches gleichzeitig begonnen. Die Besuche galten zunächst einer Reihe von früheren Rüstungsfabriken und den Formationen der Schutzpolizei. Nach den vorliegenden Berichten ist der erste Kontrolltag ohne jeden Zwischenfall verlaufen.

Nationalrat Joseph Scherrer-Füllemann von St. Gallen ist im Alter von 77 Jahren gestorben. Scherrer-Füllemann hat sich auf dem Gebiet der internationalen Friedensbewegung betätigt und war Erster Präsident der Internationalen Parlamentarischen Union.

Krieg in China.

Von unserm an die Yangtsemündung entsandten Mitarbeiter Hans Bauer.

Die Dinge liegen hier sehr einfach. In der Provinz Tschekiang herrscht der Militärgouverneur Lu Yung-hsiang. In Kiangsu (Tschekiangs Nachbargebiet) hingegen herrscht Chi Hsieh-yüan. Nun ist es ganz klar, daß Lu Yung-hsiang nicht dulden kann, daß, wenn er hier herrscht, der andere General dort herrscht (und umgekehrt). Außerdem herrscht im Zentralgebiet Wu Pei-fu, wohingegen in der Mandschurei Chang Tso-lin herrscht. Da aber nun Chi Hsieh-yüan mit Wu Pei-fu verbündet ist, den Lu Yung-hsiang schon immer nicht ausstehen kann, so ist es doppelt erklärlich, daß militärische Notwendigkeiten ergriffen werden mußten. Nimmt man noch hinzu, daß Lu Yung-hsiang einen Rückhalt an Chang Tso-lin hat, so erhellt, daß der Kampf ein gerechter ist und seine moralische Fundierung als primissima bezeichnet werden kann. Die „Tschekianger Neuesten Nachrichten" schreiben denn auch mit Recht, daß innerer Hader jetzt zu schweigen habe und der Götze des Krieges der heiligen Sache zum Siege verhelfen werde, eine Ansicht, in der sie sich durchaus mit dem „Mandschurischen Lokal-Anzeiger" berühren.

Die Siege nehmen inzwischen auf beiden Seiten einen ungehinderten Fortgang, und die beiderseitigen Truppen ziehen mit heller Begeisterung in die Schlacht, was leicht verständlich ist, da ja die Aussichten hüben wie drüben die besten sind und die Kriegsberichterstatter deuten, daß die Sache an der Yangtsemündung gemacht werde und es auch im Norden rüstig vorwärts gehe. Die Soldaten sind sich bewußt, daß sie schlimmstenfalls den Heldentod für ihren General sterben, der nach der verbindlichen Meinung der Kriegsdichter süß und ehrenvoll ist.

So ist das Bild, das die Kämpfe bieten, ein durchaus erfreuliches, soll doch auch nicht verschwiegen werden, daß in den Hauptquartieren der Ernst des Krieges um so deutlicher zur Geltung kommt. Die Photographie Chi Hsieh-yüans, die heute in den „Mandschurischen Illustrierten Blättern" erscheint, zeigt den General inmitten seines Stabes bei angestrengtem Studium der mit Fähnchen übersäten Karten. Seine Stirn ist von tiefen Sorgenfalten bedeckt, die darauf hinweisen, daß er die Verantwortung fühlt, die ihm das Schicksal auch seines letzten Soldaten bereitet. Eine Grube auf der linken Backe deutet seinen Schmerz darüber an, daß er nur die großen Direktiven erteilen darf und nicht selbst im Feldgetümmel weilen kann.

Es ist somit selbstverständlich, daß der Krieg in China nicht mit einem lauen oder Verzichtfrieden enden darf, sondern nur mit einem Siegfrieden, der der Opfer auch wert ist, die die Militärgouverneure verlangt haben.

Beide Kriegsparteien lassen durch ihre Pressechefs — so etwas gibts also in China auch schon, wo wir doch glaubten, dies wäre eine der wenigen Errungenschaften der deutschen Republik — offiziell dementieren, daß Erich Ludendorff um strategische Vorschläge angegangen sei. Die Chinesen scheinen für das völkische Prestigebedürfnis gar kein Verständnis zu haben.

Das letzte Dramenjahrzehnt.

Man hat behauptet, daß jeder richtige Deutsche in seinem Leben einmal ein Drama geschrieben hat. Ganz so schlimm ist es nun doch nicht, wie die nüchterne Statistik zeigt, die der Bibliothekar der Leipziger Deutschen Bücherei Dr. Wilhelm Frels in einem Aufsatz der „Deutschen Rundschau" darbietet. Allerdings ist das Jahrzehnt, dessen dramatische Produktion er zusammenstellt, als Kriegsjahrzehnt nicht ganz normal, und wir dürfen annehmen, daß frühere friedliche Jahrzehnte eine größere Dramenernte gebracht haben. Aber genau läßt sich das nicht feststellen, da dies die erste Statistik ist, die nach den systematischen Sammlungen der Deutschen Bücherei einen tieferen Einblick gestattet. Im ganzen sind in den Jahren 1913 bis 1922 2139 Dramen gedruckt worden, wobei die für die Dilettantenbühne bestimmten Stücke nicht mitgezählt sind. Im Kriege ließ das Dramenschreiben sehr nach, und es hat sich auch heute noch nicht auf die Vorkriegshöhe gehoben, denn von den gedruckten Stücken fallen 17 Proz. auf 1913, 13 Proz. auf 1914; 1915 weist nur 4 Proz. auf, 1918 8 Proz. Dann hebt sich nach dem Kriege die Dramenerzeugung 1919 auf 12 Proz., betrug aber 1922 nur 11 Proz. der Gesamtsumme. Am zahlreichsten sind die Schauspiele vertreten mit 465 Stücken; Drama oder dramatisches Gedicht werden 311 genannt, 187 Lustspiele, 180 Tragödien; einfach Spiel nennen sich 166 Stücke und Komödie 132 Stücke. Gegenüber der ernsten Muse tritt die heitere zurück: von den 2139 Erstdrucken sind nur etwa 450 lustig.

Dagegen sieht sich bei den Uraufführungen die heitere Muse viel günstiger, während beim gedruckten Drama das Verhältnis zwischen den ernsten und heiteren Stücken wie 4:1 ist, so ist es hier fast 1:1. In dem Jahrzehnt von 1913 bis 1922 fanden insgesamt 3284 Uraufführungen deutscher Dramen statt. Die höchsten Verbrauchsziffern weisen einige Städte unter 100 000 Einwohnern auf. Den Rekord schlagen Meiningen und Eisenach mit je 1 Uraufführung auf 1000 und 1050 Einwohner, während als erste Großstadt München an 10. Stelle steht mit je 1 Uraufführung auf 3300 Einwohner, Berlin an 18. Stelle mit 1 Uraufführung auf 4550. Das Thalia-Theater in Hamburg verhalf 92 Stücken das Licht der Welt, dann kommt das Wiener deutsche Volkstheater mit 64 Uraufführungen, und die drei folgenden Plätze werden von den Volkstheatern: dem Leipziger Battenberg-Theater und dem Berliner Luisen-Theater und Rose-Theater eingenommen. Was die behandelten Stoffe anbetrifft, so spielt das älteste der angeführten Stücke „ums Jahr 80 000 v. Chr.", vor dem Untergang des vorgeschichtlichen Weltteils Atlantis. In die älteste historische Zeit führen einige altägyptische Dramen, und dann geht es die ganze Weltgeschichte durch bis in die Gegenwart. Die Renaissance wird besonders bevorzugt.

Was die Höchstzahl der aufgeführten Dramatiker anbetrifft, so steht Georg Kaiser mit 21 Uraufführungen an der Spitze; ihm folgt Herbert Eulenberg mit 18 Uraufführungen und Karl Sternheim mit 13. Die Zahl von 10 überschreiten oder erreichen noch Karl Hauptmann mit 12, Friedrich Sebrecht mit 10 und Helmuth Unger mit 10 Aufführungen. Gerhart Hauptmann hat es nur auf 7 Uraufführungen gebracht, auf ebenso viel wie Sudermann, Hans Müller, Ludwig Thoma. Was den Erfolg anbetrifft, so erreichten 100 und mehr Aufführungen insgesamt 43 Werke, unter denen sich nur 5 ernste Dramen befinden; Schönherrs „Weibsteufel" und Schnitzlers „Professor Bernhardi" stehen mit je 225 an der Spitze. Etwa 200 Werke hatten einen ziemlichen Erfolg.

„Das Berühren der Gegenstände ist — erlaubt!" Das neue wissenschaftliche Museum in Washington hat Anordnung getroffen, die es dem Besucher gestatten, die Ausstellungsobjekte unter eigene Kontrolle zu nehmen, oder selber zur Ueberprüfung der neuesten Forschungsergebnisse durch das Experiment zu schreiten. Professor Michelsen, der bekannte Nobelpreisträger, stellt sogar sein Interferometer zum Gebrauch, damit jeder Besucher Lichtwellenmessungen vornehmen kann, und das staatlichste Wetterbureau gibt seine allerneuesten Erdbebenmesser zur Benutzung frei. Natürlich ist auch „Radio" in seinen neuesten Erscheinungen vertreten und zur Benutzung frei. Durch das neue Museumssystem: „Das Berühren der Gegenstände ist erlaubt!" will das wissenschaftliche Schaustellungshaus das Interesse der Amerikaner an den Fortschritten der modernen Wissenschaft wecken und — Geschäft ist Geschäft! — Mäzene für weitergehende, dauernde Ausgestaltung des Museums werben.

Der Erdbeben-Gedenktag in Japan. In Japan gedachte man am 1. September im ganzen Lande in einer feierlichen Zeremonie des Jahrestages des großen Erdbebens, bei dem 90 000 Menschen, darunter auch viele Europäer, getötet oder verletzt worden sind. In Tokio waren die Läden geschlossen. Die Fahnen auf den öffentlichen Gebäuden waren mit schwarzem Flor umkleidet, und Hunderte von kleinen Prozessionen fanden zu den Tempeln statt. Als es 12 Uhr war, gaben Sirenen über ganz Tokio das Zeichen für ein allgemeines Stillschweigen von einer Minute. Es war ein ergreifendes und zugleich unheimliches Schauspiel, als auf den gellenden Schrei der Sirenen hin die ganze Bewegung und der Lärm der Großstadt stockte und sich ein feierliches Schweigen über Tokio senkte.

Orgelkonzerte. Das nächste Orgelkonzert von Walter Fischer findet im Dom am Donnerstag, 8 Uhr, statt. Programme, zum Eintritt berechtigend, an der Kasse. — Die Volksbühne veranstaltet am Sonnabend, den 13. und 20. Oktober, abends 7 Uhr, in der Alten Garnisonkirche Orgelkonzerte, bei denen Günther Ramin von St. Thomas-Leipzig Werke von Bach und seinen Vorläufern spielen wird.

Der Livius-Fund. Der Direktor der Nationalbibliothek in Neapel soll bestätigt haben, daß der Liviusfund echt ist. Der Senator Paes verlangt in einer Anfrage an den Senat, daß bald ein entscheidendes Wort über die Echtheit des Liviusfundes gesprochen und eventuell die nötigen Gelder zur Verfügung gestellt werden, um eine würdige nationale Ausgabe zu veranstalten.

Die Zollkontrolle aufgehoben.

Essen a. R., 9. September. (TU.) Wie die Telegraphen-Union aus Rundfragen ihrer Korrespondenten im besetzten Gebiet erfährt, ist die Zollkontrolle heute nacht tatsächlich generell eingestellt worden. Auf den einzelnen Grenzbahnhöfen, wie Dorsten, Recklinghausen und Bohwinkel sind die Zollposten zurückgezogen worden. Im wesentlichen ist das Personal in den französischen Zollämtern schon in den letzten Tagen abgebaut worden. Die Tätigkeit der übrigen Angestellten bezieht sich auf die Abwicklung und Verrechnung der laufenden Geschäfte, für die bekanntlich gewisse Uebergangsbestimmungen getroffen sind.

Auch im Personenverkehr ist seit heute nacht die Kontrolle des Gepäcks durch die Douanniers eingestellt worden, so daß die Militärposten nur noch den deutschen Ausweis der Reisenden kontrollieren. Im Einklang mit der Liquidation der Zollkontrolle haben auch die Zollauskunftstellen, die von den Handelskammern im Einvernehmen mit den Banken und anderen wirtschaftlichen Kreisen eingerichtet waren, ihre Tätigkeit heute morgen soweit eingestellt, daß sie sich nur noch ebenfalls mit den Angelegenheiten beschäftigen, die sich auf die Abwicklung und Verrechnung der laufenden Geschäfte beschränken.

Der Lersner meldet sich!

Der Freiherr v. Lersner, der als Kandidat der Nationalliberalen Vereinigung bei den letzten Reichstagswahlen mit Glanz durchgefallen ist, fühlt anscheinend das Bedürfnis, von sich reden zu machen. In einem offenen Brief an den Reichskanzler, den die schwerindustrielle „Telegraphen-Union" verbreitet, begrüßt er die „gottlob eingeleitete amtliche Aufrollung der Schuldfrage" und verlangt zum Schluß im Namen vieler Millionen Deutscher: „Hände weg vom Völkerbund von Versailles und auf zum Kampf gegen die Schuldlüge von Versailles!"

Offenbar genügen dem Herrn v. Lersner nicht die Prügel, die er bei den Reichstagswahlen bekommen hat. Er wünscht, daß das gesamte deutsche Volk durch eine blödsinnige Politik dieselben Prügel erhalten soll. Echt deutschnational!

Gegen das Juristen-Monopol.

Der Verband deutscher Architekten- und Ingenieurvereine hat auf seiner diesjährigen Abgeordnetenversammlung eine Entschließung angenommen, in der es heißt: In dem Beamtentum des Reiches und der Länder überwiegen die Kräfte juristischer Persönlichkeiten, namentlich in den leitenden und maßgebenden Stellen, so stark, daß Schaffen und Weiterentwickelung gehemmt wird. Die den Verwaltungen angehörigen Beamten von anderer Vorbildung können nicht immer auf die Belange, die sie zu bearbeiten haben, den entscheidenden Einfluß ausüben, der sachlich unbedingt erforderlich ist. Sollen Reich und Länder, Hoheits- und Selbstverwaltungen nicht Schaden leiden, so muß das Juristenmonopol, das sich seit der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts für viele nicht juristische Berufe fast zur Unerträglichkeit entwickelt hat, endlich beseitigt werden.

Ein norwegischer Sozialisierungsplan.

Aus Kristiania wird uns geschrieben:

Als im Jahre 1919 die Revolutionswellen auch Norwegen bespülten, wandte sich die Arbeiterschaft des Betriebes „Norsk Hydro" an die Regierung und das Parlament mit dem Ersuchen um Sozialisierung des Werkes. Unter dem Eindruck der Ereignisse in Deutschland und Rußland gestatteten Parlament und Regierung die Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der Angelegenheit. Nach eingehendem Studium des Standes der Sozialisierungsfrage in Oesterreich, Deutschland, England und Rußland ist die Kommission nun zu einem Resultat gekommen. Die Mehrzahl, und zwar der Vorsitzende, der Vertreter des höchsten Gerichts, der Sozialdemokrat und die beiden Rechtskommunisten (als Arbeitnehmervertreter) haben einen eingehenden Sozialisierungsplan ausgearbeitet, während die Vertreter der Staatsbahnen und der Bauern eine genossenschaftliche Organisation der Wirtschaft mit Staatshilfe und -unterstützung empfehlen. Ein Arbeitgebervertreter lehnt beides ab und empfiehlt die Beibehaltung der freien, kapitalistischen Wirtschaft. Inzwischen aber ist die Frage aus einer praktischen zu einer rein theoretischen geworden, da die bürgerliche Mehrheit des Parlaments im Jahre 1921 die Aufgabe der Kommission dahin einschränkte, daß sie die Sozialisierungsfrage „im allgemeinen" zu prüfen habe.

Trotzdem kann der Plan infolge seiner theoretischen Begründung und praktischen Vorschläge den Anspruch erheben, weit über die Grenzen Norwegens hinaus bekanntzuwerden. Nach einer Kritik des Kapitalismus, die oft fast wörtlich an das „Kommunistische Manifest" und das „Erfurter Programm" erinnert, bekennt er sich zur Sozialisierung, von der er Mehrproduktion, gerechtere Verteilung der Einkünfte, rationellere Arbeitsteilung, bessere Arbeitsverhältnisse, Aufhebung der Ausbeutung und Verbreiterung bzw. Hebung des kulturellen Lebens erwartet. Die Sozialisierung soll vorbereitet werden durch Kontrolle der Privatbetriebe, Bewilligungspflicht für neuaufzurichtende Betriebe, Erzwingung der Vertrustung zueinander passender Betriebe, Teilnahme der Arbeiter an der Leitung der Betriebe, gesetzmäßige Profitbegrenzung und -regelung. Die sozialisierungsreifen Betriebe sollen gegen völlige Entschädigung in bar oder in Staatsobligationen enteignet werden, das Eigentumsrecht übernehmen direkt Staat bzw. Kreis, Kommune oder staatlich kontrollierte Genossenschaften. Die Leitung arbeitet weiter nach kaufmännischen Grundsätzen, ein Rätesystem von Reichswirtschaftsrat bis Betriebsrat beobachtet die Einhaltung gemeinwirtschaftlicher Prinzipien. Die Ausbeute wird nach sozialen Gesichtspunkten unter besonderer Berücksichtigung von Qualität und Quantität der geleisteten Arbeit verteilt, der Preis der Waren soll die Produktionskosten nicht übersteigen. In den sozialisierten Betrieben herrscht allgemeine Arbeitspflicht, das Streikrecht fällt fort. Das ist in großen Zügen der Inhalt des im „Ny Socialdemokraten" veröffentlichten Projektes der Ausschußmehrheit.

Bemerkt werden muß noch die Feststellung in dem Plan, daß die völlige Sozialisierung nur international möglich sei. Wie schon gesagt, wird dieser Plan bei den augenblicklichen politischen Verhältnissen Norwegens „Reichstagsdrucksache" bleiben. Er behält aber seinen Wert als wichtiges Dokument zur Frage der Sozialisierung.

Zusammenbruch der Anleihehausse.

Die Börse steht unter dem Eindruck der zusammengebrochenen Anleihehausse. Anscheinend hat sich die Haussespekulation die Finger arg verbrannt. Man rechnet damit, daß auch außerhalb der Börse stehende Kreise, die durch den kürzlichen Kursrückgang erhebliche Verluste erlitten haben, in den nächsten Tagen weitere Notverkäufe vornehmen werden. Infolgedessen ist die Tendenz für die Mehrzahl der inländischen Anleihen auch heute noch sehr schwach. Man handelte gegen Mittag Kriegsanleihe mit 980, 3½ proz. preußische Konsols mit 1750. Eine Ausnahme bildeten Schutzgebietsanleihen, die auf verschiedene Versionen über neue Entschädigungsverhandlungen auf 11½ stiegen.

Der Hundefang als Geschäft.

Ueber das Thema Hundesperre und Hundefang sind bereits die mannigfachsten Klagen geführt worden. Die Fälle der Uebergriffe von Fangbeamten gegen die Hundebesitzer und Hundehalter mehren sich aber, so daß noch einmal auf Abstellung des Unfugs energisch gedrungen werden muß. Gestern hat, wie wir weiter unten berichten, eine Protestversammlung der Hundebesitzer stattgefunden. Hier soll lediglich auf das merkwürdige Gebaren der Hundefänger und die unhaltbare Art und Weise des Hundefanges überhaupt noch einmal hingewiesen werden. Die Hundesperre dauert nun schon mehrere Monate. Sie ist gewiß äußerst lästig für die Hundebesitzer und auch für die Hunde, deren Gesundheit und Wohlergehen darunter leiden, daß sie ständig an der Leine geführt werden müssen. Andererseits muß aber betont werden, daß die Hundesperre wegen der vielen Fälle von Tollwut notwendig war im Interesse der Allgemeinheit. Dagegen soll auch an dieser Stelle nichts gesagt werden, sondern nur gegen das Vorgehen der Hundefänger und die ganzen Geschäftspraktiken des Unternehmers. Früher war der Hundefang den Angestellten des Tierschutzvereins übertragen. Wurde ein Hund weggefangen, und der Hundebesitzer löste ihn gegen Zahlung von 3 M. sofort wieder aus, erhielt er darüber eine Quittung. Heute ist der Hundefang eine Privatangelegenheit und einem Unternehmer übertragen, der daraus ein blühendes Geschäft zu machen weiß. Heute muß man dem Hundefänger 15 M. bezahlen und weiß nicht, was mit dem Geld geschieht. Die Hundefänger gehen überhaupt in der ungehörigsten Weise vor. Uns sind z. B. Fälle mitgeteilt worden, in denen die Hundefänger selbst den Hundebesitzer zum Freilassen des Hundes von der Leine animiert haben, um dann sofort 15 M. für Uebertretung der Vorschrift zu erlangen. Die Hundefänger begeben sich ferner mit Vorliebe an Sonntagen an Orte, an denen bei gutem Wetter viel Ausflügler zusammenströmen. Hat hier nun ein Hundehalter für kurze Zeit den Hund von Leine und Maulkorb befreit, gibt aber im übrigen acht auf das Tier, daß es Schaden nicht anrichten kann, gleich ist der Hundefänger da und kassiert. Das ist ein Geschäft, das noch etwas einbringt. Das Publikum aber ist entschieden nicht dazu da, um die Geschäfte jenes Unternehmers zu besorgen, der den Hundefang vornimmt.

*

Die seit 2 Jahren bestehende Hundesperre veranlaßte gestern den Schutzverein der Hunde- und Tierfreunde, E. V., zu einer großen Protestversammlung im Konzerthaus „Clou", die überaus stark besucht und häufig von erregten Debatten unterbrochen war. Die Referenten der verschiedensten Tierschutzorganisationen wiesen auf die durch die Hundesperre verursachten Mißstände hin, die in erster Linie eine unerhörte Belästigung der Hundebesitzer darstellen. Denn der Hund ist vielen nicht nur Liebhaberei oder Zuchtobjekt, sondern auch Selbstschutz in dem heute so unsicheren öffentlichen Leben. Die bisherigen Maßnahmen der zuständigen Behörden nannte man unhaltbar, ihre Verordnungen willkürlich. Der Doppelzwang von Maulkorb und Leine stellt nicht nur für das tierhaltende Publikum eine arge Belästigung dar, er gefährdet auch die Gesundheit der in ihrer Bewegungsfreiheit gehemmten Tiere. Die Echtheit der Tollwutfälle sei niemals einwandfrei festzustellen. Privattierärzte werden trotz ihres Wunsches nicht herangezogen; sie fordern die Abschaffung der Impfung jener angeblich tollwütigen Hunde und verlangen dagegen eine klinische Beobachtung. Der Prozentsatz der erkrankten Hunde ist ein nur geringer, die schärfste Bekämpfung jener Seuche durch ungerechte Maßnahmen behördlicherseits also überflüssig. Der in Frage kommende Paragraph des Reichsviehseuchengesetzes hat sich als veraltet erwiesen, bedarf mithin endlicher Aenderung. Alle bestehenden Tierschutzverbände werden dringend zu sofortigem Zusammenschluß aufgefordert; man erstrebt die Bildung eines Ausschusses, der sich aus einer Presse-, tierärztlichen, juristischen sowie einer Abteilung für praktische Arbeit zusammensetzen soll. Vertrauensleute sollen gewählt werden, deren Aufgabe es sein wird, in vorkommenden Fällen zu prüfen, ob die Behörde aus Notwendigkeit oder bloß aus Schikane eingeschritten ist; geprüfte Fangbeamte sollen angestellt und besoldet werden. Die hohe Hundesteuer berechtigt die hundehaltende Bevölkerung, mehr behördliches Entgegenkommen zu fordern. Einstimmig wurde schließlich eine Resolution im Sinne der Ausführungen der Referenten angenommen.

Vom Weiterbau der Nord-Süd.

Die Ausgestaltung des Untergrundbahnhofs Hermannplatz.

Je weiter der Bau der Nord-Süd-Untergrundbahn nach Neukölln fortschreitet, um so mehr wird die Frage akut, welche Gestaltung der Bahnhof Hermannplatz erhalten soll. Hier trifft die Nord-Süd-Bahn bekanntlich mit der früher projektierten sogenannten AEG.-Bahn zusammen, von der an dieser Stelle ein kleines Stück vom Hermannplatz bis zur Münchener Straße bereits ausgebaut ist. In den früheren Projekten des Zweckverbandes war der Bahnhof in Form eines Gemeinschaftsbahnhofes vorgesehen. Diese Form war gewählt worden, weil sie mit Rücksicht auf den zu erwartenden starken Umsteigeverkehr als die für den Verkehr zweckdienlichste erschien. Zu Beginn dieses Jahres hat eine gemeinsame Sitzung des Magistrats mit der Verkehrs- und Tiefbaudeputation sich erneut für den Ausbau eines Gemeinschaftsbahnhofes ausgesprochen. Trotzdem hat eine Kommission des Aufsichtsrates der Nord-Süd-Bahn auf Drängen der Direktion der Nord-Süd-Bahn die ganze Frage noch einmal sehr eingehend nachgeprüft. Die sich gegenüberstehenden Projekte eines Kreuzungsbahnhofes und eines Gemeinschaftsbahnhofes wurden in diesen Beratungen, an denen u. a. von der Untergrundbahn als Sachverständiger Geheimrat Temmann teilnahm, wesentlich verbessert. In der Schlußsitzung kam diese Kommission, allerdings in Abwesenheit zweier Mitglieder, mit Mehrheit zu dem Ergebnis, dem Magistrat den Bau eines Kreuzungsbahnhofes vorzuschlagen. Die Entscheidung liegt jetzt beim Magistrat, bei dem im allgemeinen aber die Neigung vorwiegt, einen Gemeinschaftsbahnhof zu bauen. Das Polizeipräsidium hat sich gutachtlich dahin geäußert, daß der Kreuzungsbahnhof aus betriebstechnischen Gründen vorzuziehen sei, daß es aber die Genehmigung für beide Projekte geben werde. Da die Verfechter der Idee des Kreuzungsbahnhofes sich offenbar bei einer abweichenden Entscheidung des Magistrats nicht beruhigen wollen, so ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß diese Frage noch einmal vor das Forum der Stadtverordnetenversammlung gebracht wird. Dann wird sich wahrscheinlich eine erbitterte Fehde entspinnen, die an Heftigkeit hinter dem Abbaukampf kaum zurückstehen wird . . .!

Zu dem Mord in der Grolmannstraße.

Trotz der energischen Nachforschungen der Kriminalpolizei ist es noch nicht gelungen, das dunkle Verbrechen aufzuklären. Für die Aufklärung ist jetzt eine Belohnung von 300 M. ausgesetzt worden. Die umfangreichen Zeugenvernehmungen dauern noch weiter fort. Aber auch diese werden sehr erschwert dadurch, daß die für die Täterschaft in Frage kommenden Kreise sehr zusammenhalten und stets nur das zugeben, was ihnen direkt bewiesen werden kann. Dazu kommt noch, daß die anderen Zeugen in einer großen Furcht vor der Rache dieser Elemente leben und infolgedessen mit ihren Aussagen zurückhalten. Eine große Anzahl von Beamten ist ständig unterwegs, um neues Material zur Aufklärung herbeizuschaffen. Leute, die nun nicht diesen Kreisen angehören und irgendwelche zweckdienlichen Angaben machen können, werden gebeten, sich bei der Mordkommission, Zimmer 80 im Polizeipräsidium, zu melden. Alle Mitteilungen werden streng vertraulich behandelt.

Neuerung im Straßenrettungswesen. Das Rettungsamt der Stadt Berlin hatte bisher vom Abtransport von Straßenunfallverletzten die gleichen Wagen benutzt, die auch für Krankentransporte zur Verfügung stehen. Die Zahl der Krankentransporte beim Rettungsamt ist aber in der letzten Zeit derartig gestiegen, daß die notwendige Schnelligkeit für den Abtransport bei Straßenunfällen nicht mehr gewährleistet war. Das Rettungsamt hat daher in seinen Wagendepots in der Artilleriestraße, in der Langenbeckstraße, in der Martin-Luther-Straße (Schöneberg) und in der Erkstraße (Neukölln) besondere Wagen eingestellt, die nur für den Straßenverkehrsdienst zur Verfügung stehen und bei einem derartigen Vorkommnis sofort an die Unfallstelle geschickt werden. Ihre Heranholung erfolgt durch Vermittlung des Rettungsamts (Amt Norden-Rettungsamt). Es wird auf diese Weise ein sehr schneller Abtransport Straßenunfallverletzter von der Unfallstelle gewährleistet.

Die Bücherausgabe der Hugo Heimannschen Volksbücherei (31. städtische Volksbücherei), SO., Adalbertstr. 41, bleibt infolge der Inventuraufnahme bis zum 14. September d. J. geschlossen. Die Lesehalle, in der mehr als 300 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung ausliegen, und eine Nachschlage-Bibliothek von 2850 Bänden zu unmittelbarer freien Benutzung der Leser steht, ist nach wie vor werktäglich von 3 bis 8 Uhr nachmittags geöffnet.

Ein Leichenfund auf der Strecke Grunewald—Nikolassee wurde gestern abend gemacht. Im Leichenschauhaus konnte der Tote als der Assessor Heinrich Kretschar, wohnhaft Bogenerstr. 2, festgestellt werden. Ob Unglücksfall, Selbstmord oder Verbrechen vorliegt, wird erst die Obduktion der Leiche ergeben.

Zirkus Krone bleibt bis auf weiteres. Nachdem der Magistrat bis zur endgültigen Regelung der Steuerangelegenheit des Zirkus Krone die Lustbarkeitssteuer von 23 Proz. auf 15 Prozent herabgesetzt hat, hat die Direktion die Kündigung des Personals zunächst verschoben.

Jugendweihen. Die Jugendweihe Neukölln findet am kommenden Sonntag vorm. 10½ Uhr im großen Saale der Neuen Welt statt. Mitwirkende: Kammersänger Ernst Osterkamp, das Hadsi-Trio, der Berliner Volkschor (Dir. Dr. Zander), Stadtrat Schneider. Eintrittskarten zum Preise von 1 Mk. für Erwachsene und 0.50 Mk. für Kinder einschl. Garderobe sind in den Vorwärts-Speditionen Neckarstraße und Siegfriedstraße sowie von 5—7 im Parteibureau Neckarstraße zu haben. — Die Jugendweihe in Oberschöneweide findet diesmal am 28. Sept. in der Schulaula des Realgymnasiums Zeppelinstraße statt. Anmeldungen können noch erfolgen beim Schulleiter der Lebensgemeinschaftsschule, Waltstraße, und beim Rektor der weltlichen Schule, Kottmeierstraße.

Gartenbau-Ausstellung der Kleingärtner Tempelhofs. Am 14., 15. und 16. September d. J. findet in den Gesamträumen des Restaurants „Birkenwäldchen", Tempelhof, Manteuffelstr. 11/12, eine umfangreiche Gartenbau-Ausstellung statt. Etwa 40 Vereine stellen ihre eigenen Gartenerzeugnisse zur Schau. Große sortenechte Obstsortimente, Präparate nützlicher und schädlicher Gartenin sekten werden gezeigt werden. Auch die Dünger- und Geräteindustrie wird reich vertreten sein, so daß die Ausstellung sehr Interessantes für die Kleingärtner und Siedler bieten wird. Eintrittsgeld für Sonntag 50 Pf., für Montag und Dienstag 40 Pf.

Englische und spanische Abendkurse. Mitte September beginnen in der Sprachenschule für Proletarier die Winterhalbjahrskurse in Englisch und Spanisch sowohl für Anfänger als auch für Vorgerückte. Auf vielfachen Wunsch werden wie im vergangenen Jahr die Kurse wieder im Zentrum Berlins und in Neukölln stattfinden. Anmeldungen: Für Neukölln am Dienstag, den 9. September, abends von 6 bis 8 Uhr im Lyzeum Richardplatz 14 (nahe Ringbahnhof Neukölln) und für Berlin am Mittwoch, den 10. September, und Freitag, den 12. September, abends von 6 bis 8 Uhr, in der Gemeindeschule, Gipsstraße 23a (nahe Bahnhof Börse).

Pflege und Ernährung des Säuglings. Am Donnerstag, den 18. September, beginnt im Auguste-Viktoria-Haus, Charlottenburg, Frankstraße (Straßenbahnhof Westend), ein Kursus für Mütter und Mädchen, in dem alles das praktisch und theoretisch gelehrt wird, was eine Frau von der Pflege und Ernährung des Säuglings wissen muß. Der Kursus umfaßt vier Doppelstunden, jeweils Donnerstags von 3—5 Uhr. Die Einschreibegebühr von 5 Mk. ist im Bureau der Anstalt zu entrichten.

Die Schweizer Fahrt des Z. R. 3 verschoben.

Friedrichshafen, 9. September. (Eigener Drahtbericht.) Die heutige Fahrt des Amerika-Zeppelins, die nach der Schweiz führen sollte, mußte unerwarteterweise verschoben werden. In der Nacht hatte sich über der Mitte-Schweiz ein ziemlich tiefes Minimum gebildet, das nach Süden vorrückte und als Folgeerscheinung orkanartige Föhnbildung erwarten ließ.

Von der Berliner Vertretung des Luftschiffbau Zeppelin werden bereits weitgehende technische Vorbereitungen für das im Verlauf seiner großen Fernfahrt für Sonntag zu erwartende Erscheinen des Amerika-Zeppelins Z. R. 3 über Berlin getroffen. Im Zeppelin-Hafen Staaken wird alles für eine eventuelle Landung des Luftschiffes, falls diese aus irgendwelchen Gründen beabsichtigt sein sollte, vorbereitet. In Frage käme natürlich nur eine Zwischenlandung auf dem Flugfeld, während ein Einbringen des Z. R. 3 in die Staakener Zeppelin-Halle nicht möglich ist, weil diese bekanntlich seit längerer Zeit Filmateliers und sonstige Anlagen beherbergt. Da der Z. R. 3 eine ganze Zeit lang über der Reichshauptstadt verweilen und hier Schleifenfahrten ausführen will, wird sich auch von zahlreichen anderen Punkten der Stadt aus gute Gelegenheit bieten, das Luftschiff zu beobachten. Der Magistrat wird für die Mitglieder der Stadtverwaltung auf dem Berliner Rathausturm Plätze zur Beobachtung der Schleifenfahrten einrichten.

Durch eine Sturmwetterkatastrophe auf Formosa wurden 30 Personen getötet und 342 verwundet. Ueber 3000 Häuser wurden zerstört.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Stets an das Bezirkssekretariat, 2. Hof, 2 Trep. rechts, zu richten.

Heute, Dienstag, den 9. September:

93. Abt. Neukölln. Die Mitgliederversammlung findet heute, 7½ Uhr, im Lokal Gambrinus, Kaiser-Friedrich-Str. 55, statt. Vortrag des Genossen Franken, M. d. L.: „Die Londoner Konferenz und die Stellung der Parteien".

Morgen, Mittwoch, den 10. September:

9. Abt. 7½ Uhr Mitgliederversammlung, Artushof, Perleberger Str. 29 (langer Saal). Referat: „Londoner Vertrag und die Aufgaben der Partei". Vorwärtsleser sind hierzu eingeladen.

19. Abt. Zahlabend in den bekannten Lokalen.

22. Abt. 8 Zahlabendlokal: Schulz, Föhrener- Ecke Fehmarnstr.

26. Abt. 7½ Uhr im „Musikalischen Fuchs", Jostystr. 7, Mitgliederversammlung. Vortrag des Gen. Dr. Moses.

30. Abt. 7 Uhr Mitgliederversammlung, Schulaula, Pappelallee 40/41. Vortrag des Gen. Ziska: „Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Londoner Vertrages".

37. Abt. 7 Uhr Sitzung sämtlicher Bezirksführer beim Abteilungsleiter Mehle, Ebersstr. 4.

51. Abt. Charlottenburg. 7½ Uhr Gruppenzahlabende: 1. Gruppe, Schellbach, Königin-Elisabeth-Str. 6. 2. Dankelmannstr. 1. 3 Dankelmannstr. 18.

54. Abt. Charlottenburg. 5. Gruppe: Zahlabend erst am Donnerstag, 8 Uhr, im Lokal Bühnermann, Helmholtzstr. 30.

92. Abt. Neukölln. 7½ Uhr Bezirkszahlabende. Bezirk 14, 29 und 30 bei Klein, Mildenbruchstr. 15; 27/32 und 28/33 Elbeschule; Bezirke 31/44, 45/55 bei Wolf, Kaiser-Friedrich-Str. 178 Bezirke 46/59, 72/73 bei Schneider, Rosenstr. 7. Beginn 7 Uhr. In allen Zahlabenden: Organisationsfragen.

98. Abt. Neukölln. 8 Uhr bei Teich, Knesebeckstr. 135, Abteilungsversammlung.

111. Abt. Bohnsdorf (nicht 119. Abt.). 8 Uhr Mitgliederversammlung bei Heimann, Waltersdorfer Str.

119. Abt. Lichtenberg (nicht 118. Abt.) 7½ Uhr Cäcilien-Lyzeum, Rathausstraße). Vortrag des Gen. Fritz Schröder (ZdA.): „Das Londoner Abkommen und seine Konsequenzen".

131. Abt. Niederschönhausen. 7½ Uhr Zahlabende. Westlich der Kaiser-Wilhelm-Straße Lokal Lot, Platanenstr., Ecke Kaiserweg. Oestlich der Kaiser-Wilhelm-Straße Lokal Klindt, Friedenstraße.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

42. Abt. Genosse Portmann ist plötzlich verstorben. Beerdigung Mittwoch, den 10. September, nachmittags 4½ Uhr, Kirchhof Hermannstraße, Neukölln.

Gewerkschaftsbewegung

Die Bolschewisten in Hull.

(Von unserem Londoner Korrespondenten.)

Die Anwesenheit der russischen Gewerkschaftsvertreter auf dem britischen Gewerkschaftskontreß in Hull, besonders aber die enthusiastische Begrüßung, die sie gefunden haben, dürfte von der Arbeiterschaft des Kontinents mit einigem Kopfschütteln zur Kenntnis genommen worden sein. Sie ist, besonders wenn noch kommunistische Legendenbildung hinzutritt geeignet, falsche Vorstellungen über das wahre Verhältnis der englischen organisierten Arbeiterschaft zu Moskau zu erwecken. Deshalb muß schon jetzt jede mögliche Legendenbildung durch eine Darstellung des Sachverhalts von vornherein unterbunden werden.

Gewiß ist die Tatsache, daß die Russen eingeladen wurden, dem Kongreß als Gäste beizuwohnen, bemerkenswert. Sie widerspricht vor allem der Haltung der kontinentalen Gewerkschaften gegenüber der Moskauer Gewerkschaftsbewegung und ist ein Zeichen dafür, daß die Fäden zwischen der russischen bolschewistischen Arbeiterbewegung und der im letzten und höchsten Sinn demokratischen englischen Gewerkschaftsbewegung noch nicht abgerissen sind. Wo liegt nun die Ursache dafür, daß von den am wenigsten revolutionären Gewerkschaften Europas noch eine Brücke nach Moskau führt, während ausgesprochen auf Klassenkampf gestellte kontinentale Gewerkschaften diese Brücke längst abgebrochen haben?

Die russischen Arbeitervertreter sind für die englischen Arbeiter noch immer ein Symbol. Sie grüßen in ihnen die lebendigen Zeugen dafür, daß der Zarismus, der die Organisation der Arbeiterklasse verhindert hat, tot ist. Sie sind das Symbol für den Aufstieg der Arbeiterklasse in dem für England so fernen europäischen Osten. In diesem Sinne wendet sich russischen Gewerkschaftlern eine Sympathie zu, die nichts, aber auch gar nichts mit einer unmittelbaren Sympathie mit dem Kommunismus zu tun hat. Daß diese naive Unbekümmertheit überhaupt möglich geworden und geblieben ist, das freilich gehört auf ein anderes Blatt. Sie ist möglich, weil die Russen bisher in der britischen Arbeiterbewegung noch nicht soviel Schaden anrichten konnten wie auf dem Kontinent. So hat sich in den Massen noch nicht eine gleich starke und gleich gerichtete Reaktion eingestellt. Darüber hinaus wird man diese Haltung der Engländer auch darauf zurückführen können, daß der englische Arbeiter im Grunde seiner Seele darin ein rechtes Abbild seines Volkes, von Hause aus undogmatischer ist als der kontinentale Kollege. Er sieht deshalb in der Anwesenheit der Russen grundsätzlich nichts Unmögliches, weil ihm der prinzipielle Unterschied gar nicht bewußt wird.

Die naheliegende Frage, ob die Erfahrungen Deutschlands und Frankreichs nicht genügten, muß mit Nein beantwortet werden. Sie ist so zu kontinental, zu europäisch gestellt. Der englische Gewerkschaftler tritt jeder neuen Situation mit einer gewissen Naivität gegenüber, die allerdings mit dem gesundesten Menschenverstand der Welt gepaart ist. Er muß Moskau selbst am Werke gesehen und erlebt haben, ehe er glaubt, was ihm die kontinentalen Klassengenossen sagen, ehe er es mit der gleichen Entschiedenheit ablehnt. Aber zu alledem kommt noch ein weiteres Moment, das die englische Arbeiterschaft zwangsläufig an einer englisch-russischen Freundschaft interessiert. Es sind die englisch-russischen Verträge, die von seiner Regierung abgeschlossen worden sind und bei deren Ratifikation Macdonald voraussichtlich einer geschlossenen Front des englischen Bürgertums gegenüberstehen wird. Diese innere Verknüpfung des Schicksals seiner Regierung mit einem Friedens- und Freundschaftsvertrag verstärkt begreiflicherweise diese völlig unverbindlichen Sympathien mit Rußland. Außerdem darf nicht vergessen werden, daß bei alledem ein rein materielles Motiv, das Interesse des englischen Arbeiters als Produzent von Exportgütern nach Rußland, eine starke Rolle spielt. Der englische Arbeiter erhofft von der englisch-russischen Zusammenarbeit eine wesentliche Belebung der Exportindustrie; er sieht darin einen Faktor zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Aber selbst wenn man die bolschewistischen Sympathien der englischen Arbeiterschaft verallgemeinern wollte, so bedeutet das noch keineswegs, und das muß mit allem Nachdruck gesagt werden, Bejahung der kommunistischen Methoden für England. So sehr sich das Gift Moskaus gleichzeitig mit den vagen Gefühlen hier und da eingefressen haben mag, so hat doch der Kongreß praktisch dort, wo er vor die Entscheidung für kommunistische Methoden gestellt war, Moskau eine Abfuhr nach der anderen erteilt, ja den Versuch, eine kommunistische Interpellation über die Frage Moskau-Amsterdam auch nur zur diskutieren, abgelehnt.

Die Berner Konferenz.

Bern, 9. September. (WTB.) Die Arbeitsminister Englands, Frankreichs, Deutschlands und Belgiens, Shaw, Godart, Brauns und Tschoffen, sind, wie bereits gemeldet, am Montag im Parlamentsgebäude zu einer Konferenz, betreffend das Washingtoner Abkommen über die Arbeitszeit zusammengetreten. Den Verhandlungen wohnte auch der Direktor des Internationalen Arbeitsamts, Thomas, bei. Bei der Konferenz sind die Arbeitsminister von technischen Beiräten begleitet. Es wurden Erklärung über die Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Ländern abgegeben. Sodann ging die Konferenz zur artikelweisen Diskussion der rund zwanzig Artikel des Washingtoner Abkommens über, wobei eingehend erörtert wurde, in welcher Weise jeder Artikel praktisch angewendet werden könne, welche Schwierigkeiten sich bei seiner Durchführung in den einzelnen Ländern ergeben könnten usw. Die Beratungen werden heute vormittag fortgesetzt.

Dumpinglöhne.

Ein Vergleich der deutschen und englischen Löhne.

Von den Unternehmern wird vielfach behauptet, die Löhne in Deutschland seien so hoch, daß sie die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie untergraben. Aus einer kürzlich erschienenen Schrift von Fritz Reuter über die Exportmöglichkeiten der deutschen Maschinenindustrie, ersieht man aufs neue, daß diese Behauptung grundfalsch ist. Die Maschinenindustrie ist eine der wichtigsten Ausfuhrindustrien Deutschlands, die Verhältnisse bei ihr können als typisch für die gesamte deutsche Wirtschaft gelten. Aus der von Reuter aufgestellten vergleichenden Tabelle über deutsche und englische Löhne geben wir nachfolgend einen Auszug. Wir bemerken dazu, daß dieser Aufstellung ein Vorkriegslohn von 70 Pf. für Deutschland, von 83 Pf. für England zugrunde liegt, und zwar für einen gelernten Metallarbeiter über 21 Jahre, ohne die sozialen Zulagen. Es betrug der Lohn in

	Deutschland		England	
	in Goldpfg. pro Stunde	In Proz. des Vorkriegslohns	in Goldpfg. pro Stunde	In Proz. des Vorkriegslohns
1922				
30. Januar	25	37	137	165
6. März	18.4	26	139	168
1. Mai	29.15	41.5	136	164
31. Juli	17.78	25.4	138	166
28. Oktober	11.2	16	133	160
20. November	9.5	13.55	136	164
4. Dezember	13.5	19.6	139	168
1923				
29. Januar	8.2	11.7	141	170
5. März	25.5	36.5	141	170
14. Mai	14	20	134	161.5
4. Juni	9.6	13.7	131	158
2. Juli	22.86	32.7	132	159
24. September	52.63	75.2	134	161.5
1. Oktober	35.7	51	135	163
5. November	52	74.3	134	161.5
31. Dezember	48	68.5	131	158
1924				
14. Januar	48	68.5	131	158

Während der Lohn des englischen Metallarbeiters nach dieser Aufstellung vor dem Kriege etwa 20 Proz. höher war als der des deutschen Metallarbeiters, beträgt er jetzt nahezu das Dreifache. Besonders kraß waren die Verhältnisse während der Inflationsperiode, wo der englische Lohn zeitweise das Zehn- bis Fünfzehnfache des deutschen Lohnes ausmachte. Damals hat bei der Aufstellung der Produktionskosten der Arbeitslohn überhaupt keine oder nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Im Herbst 1923 aber änderte sich das Bild. „Der deutsche Unternehmer ... wurde plötzlich von seinem „Inflationskanapee" hochgerüttelt. Und nun suchte er durch Druck auf die ihm am schwächsten erscheinenden Stellen, Arbeitszeit und Arbeitslohn, die Herabminderung der Selbstkosten zu erreichen."

Am Schlusse seiner Untersuchung kommt Reuter zu dem Ergebnis, daß der deutsche Maschinenbau hinsichtlich der gegenwärtigen Höhe seiner Gestehungskosten konkurrenzfähig erscheint. „Die Hemmungen liegen heute wie zur Inflationszeit — abgesehen von dem letzten Vierteljahr 1923 — weniger in den Preisen der Löhne und Rohstoffe, eine Tatsache, die aus allen bislang gemachten Untersuchungen belegt werden kann, sondern es sind vielmehr andere Punkte anzuführen, die zurzeit noch unerwünschte Hindernisse für die Exportsteigerung bilden, deren Beseitigung aber durchaus im Rahmen der Möglichkeit liegt und zunächst bald erfolgen muß." Reuter stellt im Anschluß daran eine Reihe von Vorschlägen auf; er sagt unter anderem:

„Der deutsche Unternehmer wird seine Exportfähigkeit heben, wenn er bezüglich seiner Fabrikationstechnik und Betriebsorganisation sich dem Fortschritte anzupassen imstande ist. Das Ventil, durch niedrigere Löhne sich die Exportfähigkeit zu erhalten, kann nur als ein Notbehelf angesehen und als solcher gerechtfertigt werden, um in der dadurch geschaffenen Atempause die wesentlich weitere amerikanische Produktionstechnik aufzuholen."

Die deutschen Arbeiter, so fügen wir diesen Ausführungen hinzu, müssen durch festen Zusammenschluß in ihren Organisationen dafür sorgen, daß dieser „Notbehelf" nicht zu einer dauernden Einrichtung wird, sondern daß die Arbeitsbedingungen in Deutschland zum mindesten nicht schlechter sind, als in den anderen Industriestaaten. Durch Qualitätsarbeit, durch Verbesserung der Produktionseinrichtungen, durch erhöhte Arbeitsorganisation muß die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie wiederhergestellt werden und nicht durch „sozialen Dumping", der dem konkurrierenden Auslande Gelegenheit zu Gegenmaßnahmen geben könnte, mit denen die deutsche Schmutzkonkurrenz vom Weltmarkt ferngehalten werden soll.

Die Zechenbesitzer nehmen an.

Essen, 9. September. (WTB.) In einem an den Vorsitzenden der Schlichterkammer, Reichs- und Staatskommissar Mehlich, gerichteten Schreiben teilt der Zechenverband zu dem am 2. September 1924 gefällten Schiedsspruch über die Lohnregelung auf den südlichen Randzechen mit, daß er sich trotz schwerwiegender Bedenken entschlossen habe, dem Schiedsspruch zuzustimmen. Der Zechenverband könne aber die durch den Schiedsspruch geschaffene Regelung nur als eine vorläufige betrachten.

Zum belgischen Bergarbeiterstreik.

In Ergänzung unseres Berichts in Nr. 421 des „Vorwärts" erfahren wir noch: Den Grubenherren der Borinage kommt es auf die Durchbrechung des seit dem Waffenstillstand grundsätzlich respektierten Schlichtungsverfahrens an, und gerade daraus erklärt sich auch der hartnäckige Widerstand der Arbeiter. Der Kampf hat im ganzen bisher einen ruhigen Verlauf genommen. Die Versuche der Kommunisten, die ja in Belgien eine quantité negligeable sind, im trüben zu fischen, sind vollständig mißlungen. Einen Augenblick drohte das provokatorische Verhalten der Gendarmerie zu ernsteren Zusammenstößen zu führen, aber dank dem energischen Auftreten der überwiegend sozialdemokratischen Gemeindeverwaltungen und Parlamentsvertreter des Reviers ist es gelungen, den schlecht angebrachten Eifer der Gendarmerie zu kühlen. Streikbrecher und Gelbe gibt es fast gar nicht mit Ausnahme eines geringen Teiles der ausländischen Arbeiter, namentlich Polen. Der Streik ist in den letzten Tagen auch auf die Instandhaltungsarbeiten ausgedehnt worden, weil die Unternehmer sich weigerten, die dazu ausersehenen Arbeiter im Einvernehmen mit der Organisation zu bestimmen. Infolgedessen drohen verschiedene Gruben zu ersaufen. Verschiedene Gruben sind bereits überschwemmt. Man rechnet damit, daß nach Wiederaufnahme der Arbeiten die Wiederinstandsetzungsarbeiten einen Monat in Anspruch nehmen werden.

Die Regierung sucht zu vermitteln, aber bisher ohne Erfolg. Die Arbeiter sind gut organisiert, halten meisterhaft Disziplin, und dank des langandauernden guten Geschäftsganges ist nicht daran zu denken, daß sie in absehbarer Zeit durch Hunger zum Nachgeben gezwungen werden könnten. Ueberdies haben sie die volle Unterstützung des nationalen Bergarbeiterverbandes, die unter Umständen bis zur Proklamierung des Generalstreiks in allen Kohlenrevieren des Landes ausgedehnt wird. Auch die übrige Arbeiterschaft ist bereit, die Bergleute des Borinage weitgehend zu unterstützen.

Heute, Dienstag, finden Verhandlungen statt.

Gewerkschaftsfeindliche Praktiken in Rumänien.

Ein beliebtes Mittel, die Arbeiterorganisationen in ihrer Entwicklung zu hindern, ist die Unterschlagung oder Rücksendung von Postsachen mit der unwahren Bemerkung: „Annahme verweigert". Die Postverwaltung wird hierbei weniger Schuld haben als die Sicherheitspolizei, die die Briefschaften durchschnüffelt. Der IGB. hat in verschiedenen Schreiben an die Postverwaltung in Temesvar und in einer Beschwerde an das Ministerium des Innern auf diesen skandalösen Zustand hingewiesen, ohne bisher eine Antwort zu erhalten. Es scheint sich also bei diesen Vorkommnissen nicht um einzelne Fälle, sondern um ein überlegtes System zu handeln.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: K. H. Döscher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Strickwesten
u. Jacken 8.75 12.50 17.50, reine Wolle
Ueber 500 Stk. v. d. kleinsten Kindergr. bis zur größten Weite ständig a. Lager.
Bleyles sämtl. **Fabrikate** zu Originalpreisen.
Bruno Richter & Co., Fabr.-Ndlge. Thüring. Wollwaren — Bln.-Pankow Mühlenstr. 1, Ecke Breite Str.

Leiterwagen
u. alle ander. Transportgeräte liefert billigst.
Großer Vorrat.
Georg Wagner
Köpenicker Str. 71.
Kein Ladengeschäft.
Keine Schaufenster-Reklame, daher wesentlich billigere Preise

TRAURINGE
in jed. Größe u. Qualität, stets vorrät., nur bill. Preisberechn.
M. Dinse, Juwelier
Lichtenberg, Frankf. Allee 202
Nähe Bahnh. Lichtenb.-Friedrichsf.
Teleph. Lichtenberg 3322

Zähne 1 u. 2 G.-M. auf Teilzahlung
gestattet b. kl. Anzahl. u. wöchentl. Abzahlung von 1 G.-M. an. Echte Goldkronen v. 8 G.-M. an. Ersatzkronen v. 3 G.-M. an. Zähne ohne Gaumenplatte v. 3 G.-M. an. Zahnz. mit Betäub. 1 G.-M., b. Bestellg. von Gebissen gratis. Rat und MundUntersuchung gratis. 3 Jahre weitgehende Garantie. Ueber 20 000 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert.
Hatvani, Danziger Strasse 1, Ecke Schönhauser Allee.
Vorzeiger 10% Rabatt.

Bad Landeck, das Radiumbad des Ostens,
bewährt besonders bei Frauenleiden, Gicht, Rheumatismus, Nervenleiden, hat die Sätze für Kurtaxe, Kurmittel, Wohnung und Verpflegung
ganz bedeutend herabgesetzt.
Georgenbad Sommer und Winter geöffnet.
Moorbad bis Eintritt des Frostes.
Wintersportplatz.
Auskünfte und Prospekte durch die städtische Badeverwaltung und Kurverein.

Zur neuen Saison!
Kleiderstoffe
Blusenstoffe moderne Streifen . . . . . Meter 95 Pf.
Schotten für Kinderkleider, doppelbreit . . . . . Meter 1.25
Rockstoffe neueste Streifen, 105 cm breit . . . . . Meter 1.95
Kostüm- und Rockstoffe einfarbig, 130 cm breit . . . . . Meter 1.95
Donegals schwere Kostümstoffe, 150 cm breit . . . . . Meter 1.95
Reinwollene Chevrons 130 cm breit . . . . . Meter 2.90
Reinwollene Flauschstoffe für Mäntel, versch. Farben, 130 cm breit . . . . . Meter 2.95
Reinwollene Gabardines marine und schwarz, 130 cm breit . . . . . Meter 4.90
Halbseiden-Damast für Jacken- und Mantelfutter, 85 cm breit . . . . . Meter 3.90
Mengenabgabe vorbehalten — Verkauf soweit Vorrat
Von 12½—3 geschlossen
Damen-Mäntel u. -Sportjacken
Flauschmäntel einfarb., braun u. blau 9.85
Flauschmäntel nach engl. Art gem. 18.75
Velours de Laine-Mäntel neue Knopf-Form, moderne Farben 25.00
Tuch-Mäntel mit Biesenstepperei, verschiedene Farben 25.00
Astrach.-Mäntel pa. Mohair, ganz a. Futt. 39.50
Sportwesten aparte Farb., reine Wolle 9.85
Sportwesten mit hübschen Seideneffekten 16.75
Damen-Putz
Filz-Hüte moderne Formen 3.95
Wollvelour-Hüte in vielen Farben 4.85
Duvetine-Hüte mit fescher Schleifengarnitur 4.95
Zylinder-Hüte Kunstseide, aparte Form 6.95
Garn. Zyl.-Hüte mit Seidenband . . . 7.85
Straußfeder-Rosetten . . . . . 45 Pf.
Linonformen Riesenauswahl . . . 75 Pf.
Singer & Co.
Berlin N **Chausseestr. 61-62**
Ecke Liesenstraße

Wanzen i. Brut sowie Ungeziefer j. Art. i. jed. Lage selbst in wenigen Stunden ohne Risiko, Geld- od. Zeitverl. unt. Garantie durch
Linksol-Gas radikal beseit. selbst da, wo a. and. Mittel versagt.
Warnung v. minderw. u. marktschr. Nachahm. Linksol-Gas m. Originaleti. ist das Produkt jahrelanger praktischer Erfahrungen. Vorrätig in Drogerien. Generalvertr.: C. Wunbram, Berlin O., Ifflandstr. 2.

Kurt Grottewitz

Sonntage eines Großstädters in der Natur
Ganzleinen 2,25 Mark
Zu haben bei:
J. H. W. Dietz Nachf., Lindenstraße 2